

Engels: Nachlese(n)

Ein Spaziergang durch knapp 100 größere regionale und überregionale Tages- und Wochenzeitungen von *BILD* bis *ZEIT* zeigt, dass Ende November letzten Jahres bestenfalls ein Viertel ihre Feuilletons mit dem Thema „Friedrich Engels hat Geburtstag“ anreicherten.¹ Wenig überrascht, dass zu dieser schütterten Bilanz vor allem das Pressewesen des Bundeslandes Bayern beigetragen hatte, welches fast sogar auf die üblichen „Kalenderblätter“ („Ein Friedrich Engels wurde am ... geboren ... und ... verstarb am ...“) verzichtete.

Wo aber „Engels 200“ eine Reminiszenz wert war, trat ein nicht immer, aber doch weit überwiegend auftretendes verblüffendes Gleichmaß zu Tage.² Kaum an prominenter Stelle, dafür aber häufig wurden die Verdienste des Geburtstagskinds aufgeführt, die es gegen die verbreitete Manier der üblichen Hochschätzung (oder Verdammung) seines Kompagnons Karl Marx gleichsam zu schützen gelte. Herausgestellt wurden fast einstimmig „Die Lage der arbeitenden Klasse in England“ als brillantes Hauptwerk des unbestritten klugen Kopfes Engels, seine Mitarbeit am „Kommunistischen Manifest“, der „Anti-Dühring“ als wirkmächtige Popularisierung oder schließlich seine originellen Studien zu Naturwissenschaft und ökologischen Fragen. Kaum ein Blatt versäumte es, neben oft krass willkürlichen Anmerkungen zur Politik ein Set von allerlei authentisch-launigen Unterstreichungen der Lebenslust des „steinreichen“ Lebemanns und Privatiers aufzumachen (herrschaftliches Haus, Fuchsjagd, Rotwein & Champagner, Frauenheld, Börsengeschäfte!) und dabei nicht zuletzt auf 45 Jahre Alimentierung von Karl Marx und seiner Familie durch den Kapitalisten Engels zu verweisen. Das Ganze stellt sich dar als Wiederentdeckung, Neubewertung, also Aufwertung.

Eine wichtige Ausnahme zu diesen in aller Regel ziemlich glatten Texten ist allerdings das wegen der Coronakrise um ein Jahr verlängerte Stadtmarketing „des berühmtesten Sohns der Stadt Wuppertal“, über das der städtische Kulturdezernent Nocke konstatierte: „Vergleichbares zu Person und Persönlichkeit war jedenfalls in Deutschland noch nicht zu sehen.“³ Mit Dutzenden oft engagierter Einträge zum Engelsjahr 2020 steht die regionale *Westdeutsche Zeitung*

¹ Darunter zumeist ausführlich, kenntnisreich und lesenswert taz (Herrmann), SZ (Bisky), ZEIT (Staas), nd (Solty, Brie), junge Welt, ak (Fülberth), Jungle.World (Zeller), Freitag (Krätke), Weser-Kurier (König), FAZ (Plickert), Wiener Zeitung (Halmer, Österreich). Das gilt auch für die neuere wissenschaftlich-politische Buch- und Zeitschriftenpublizistik zu Engels.

² Beispiele der im Folgenden skizzierten Sparte sind u.a. Südwest Presse, Südkurier, Rheinpfalz, NRZ, Freie Presse, Volksstimme, Vorwärts, Welt, Abendzeitung, sowie NZZ (Schweiz), die zudem eher gleichgültig publizistische Pflichtübungen absolvierten.

³ <https://www.wuppertal.de/presse/meldungen/meldungen-2020/mai20/pk-engels-sonderausstellung.php>. S.a. <https://www.wuppertal.de/engels2020>; <https://www.mik-wuppertal.de/engels-2020>; <https://www.wuppertal.de/microsite/engels2020/meldungen/digitale-angebote-in-corona-zeiten.php>. Das Wuppertaler Spektrum mitsamt über 300 Exponaten war beträchtlich und reichte von der „Revolutionsseelsorge“ und der „Engels2020.Hotline“ bis zum Frühstücksbretchen mit dem Engels zugeschriebenen Zitat „Eine Unze Praxis ist besser als eine Tonne Theorie“ (6,95 €).

dafür.⁴ Von der „Befreiungsperspektive, die Engels klar vor Augen hatte“, wie Ines Schwerdtner im *Freitag* dazu vermerkte, „die Konkurrenz aufheben und die Assoziation an ihre Stelle setzen“, ist dabei allerdings nicht die Rede.⁵

Freilich hat diese recht große Sparte einer Art Engels-Akzeptanz- oder Anerkennungspublizistik des großen Friedrich ihre eigenen Schranken. Zum Beispiel das Kommunistische! Von Engels als „Kommunist“ (als der er sich selbst seit Herbst 1844 auch öffentlich bezeichnete) oder operativem „Intellektuellem“ ist kaum die Rede – es sei denn als Alliteration zum „Kapitalisten“.⁶ Oder es wurde Engels Bemerkung, er habe im Verhältnis zu Marx immer nur „das getan, wozu ich gemacht war, nämlich zweite Violine spielen“,⁷ häufig und prominent aufgegriffen, aber seine frühe Orientierung von Marx auf die politische Ökonomie, seine Kritik des Privateigentums, die Mitarbeit und Edition der Bände des „Kapital“, seine weitsichtigen Beiträge zu Gewalt, Krieg und Militär⁸ und seine Ansätze eines feministischen Marxismus, vor allem aber auch seine eigene, gut zwölf Jahre andauernde politische Akteurs- und Wirkungsgeschichte nach Marx Tod als Netzwerker, Marxist und roter Eminenz der Sozialdemokratie und internationalen Arbeiterbewegung spielen in dieser Art Engels-Befassung, die sich an der Differenz beider abarbeitet, kaum eine Rolle.⁹ „Sozialist-Werden“ (Michael Brie) oder „Kommunist-Sein“ sind offenbar immer wieder auf neue Weise tabu.¹⁰ Christian Staats etwa formulierte in der *ZEIT* unter dem Titel „Der Zweite von links“ (26.11.2020): „200 Jahre nach seiner Geburt am 28. November 1820 ist er vor allem als der Bärtige zwischen Marx und Lenin in Erinnerung, als Teil einer staatskommunistischen Dreifaltigkeit auf rotem Grund, den Blick einer Zukunft zugewandt, die längst Geschichte ist. Engels, der Zweite von links, ist dieser Sichtweise nach nichts als ein Anhängsel des großen Marx – und zugleich der Brückenkopf zu Lenin und allem, was folgte, von Stalin über Mao bis Pol Pot.“ Erinnerungspolitik zu Friedrich Engels vom Feinsten...

Rainer Rilling

⁴ <https://www.wz.de/>.

⁵ Ines Schwerdtner, Histomat auf Youtube, in: *Der Freitag* 48/2020 v.27.11.2020.

⁶ So die FAZ v.21.11.2020 S.26: „Kommunist und Kapitalist. Ohne Friedrich Engels hätte Marx wohl nie den Marxismus entwickelt. In Manchester führte Engels ein Doppelleben: als Fabrikant, Frauenheld und heimlicher Revolutionär. „Völkerabfälle“ wollte der Mann dagegen vernichtet sehen, der nun 200 Jahre alt geworden wäre.“

⁷ Engels an Johann Philipp Becker, 15. Oktober 1884, in: Karl Marx/Friedrich Engels: Werke [MEW], Berlin 1956ff., Bd. 36, S. 218.

⁸ Von Georg Fülberth, Michael Krätke und jüngst auch Wolfgang Streeck.

⁹ Dazu Rainer Volk, „Engels war da entspannter; er lässt zwischen sich und Marx maximal einen Bindestrich.“ Auf *SWR2* v. 5.8.2020.

¹⁰ Michael Brie, *Sozialist-Werden. Friedrich Engels in Manchester und Barmen 1842-1845*, Berlin 2019; Lutz Brangsch/Michael Brie (Hrsg.), *Das Kommunistische*, Hamburg 2016.

Bayerische Bierkrawalle

Dem 200. Geburtstag von Friedrich Engels widmet die Münchener Zeitschrift *Widerspruch* einen Schwerpunkt.¹ Eva Bockenheimers Aufsatz ist die Verschriftlichung eines 2020 in Wuppertal gehaltenen Vortrags zum Thema „Materialismus, Idealismus und Moral heute“. Bockenheimer betont, dass Engels sich nicht auf die moralische Empörung über gesellschaftliche Missstände beschränkte, sondern um deren wissenschaftliche Erklärung bemüht war. Wissenschaft wiederum sei kein Selbstzweck gewesen, sondern ein Mittel zur Erweiterung politischer Handlungsfähigkeit (83). Im Rahmen ihrer materialistischen Geschichtsauffassung seien Engels und Marx nicht von den Ideologien der Akteure ausgegangen, sondern von deren Interessen angesichts der jeweiligen Lebensbedingungen und Herrschaftsverhältnisse. Forderungen nach einer „Gemeinwohlökonomie“ oder einem „bedingungslosen Grundeinkommen“ sei gemeinsam, dass sie „der Klassenfrage und damit auch grundsätzlichen Eigentumsfrage aus dem Weg“ gingen (88). Zur Überwindung sozialer und ökologischer Krisen sei eine bewusste Änderung der Produktionsverhältnisse notwendig.

Weit entfernt von diesen Positionen sind der sogenannte Neue Materialismus und insbesondere der von Karen Barad vertretene „Agentielle Realismus“, die *Martin Küpper* kritisch analysiert und die seit einigen Jahren insbesondere im akademischen Feminismus diskutiert werden. Barad wende sich sowohl gegen „Konstruktivismen“ als auch gegen einen „vermeintlich naiven Realismus“ (67). Küpper führt unter anderem aus, dass Barad Theorien für „physikalische Anordnungen“ (68) und Materie für einen „fortlaufenden Fluss von Tätigkeit“ (69) hält. „Das Werden der Welt“ ist laut Barad „etwas zutiefst Ethisches“ (71). Damit ist der „Agentielle Realismus“ eigentlich schon disqualifiziert. Die Begriffe des Physikalischen, der Ethik und der Tätigkeit verlieren in solchen Aussagen ihren Sinn.

In ihrer Besprechung der Wuppertaler Engels-Ausstellung („Ein Gespenst geht um in Europa“) macht *Marija Bogeljic-Petersen* auf ein neues Bürogebäude am Bahnhof aufmerksam, das „an die irische Billigmodekette ‚Primark‘ vermietet ist“ (115). Hinzuzufügen wäre, dass das der Profit des Handelsunternehmens in hohem Maße auf der extremen Ausbeutung von Textilarbeiterinnen in Bangladesch und Sri Lanka beruht. Von „tätiger Materie“ und „ethischem Werden“ keine Spur.

Das Heft enthält ein kurzes englischsprachiges Manuskript von *Engels* über „Beer Riots in Bavaria“ im Jahr 1844. Anlass der tagelangen Unruhen einer neuen Steuer auf das Malzgetränk. „The Bavarian Beer is the most celebrated (...) and, of course, the Bavarians are much addicted to its consumption in large quantities.“ (119) Engels war bekanntlich Optimist: „If the people once know they can frighten the government out of their taxing system, they will soon learn it will be as easy to frighten them as far as regards more serious matters.“ (120). – Weitere Beiträge stammen von *S. Rapic* über den universellen Anspruch des Historischen

¹ *Widerspruch – Münchner Zeitschrift für Philosophie*, Nr. 70, 152 S., 12 Euro.

Materialismus, von A. v. Pechmann über Dialektik in den Naturwissenschaften sowie von K. Kangal über Emergenz und Dialektik.

Michael Zander

Corona-Krise aus sozialwissenschaftlicher Sicht

Die Folgen der Corona-Krise aus sozialwissenschaftlicher Sicht sind Thema von drei kontroversen Beiträgen in einer im Netz zugänglichen Ausgabe des *Berliner Journals für Soziologie*.¹ Mit Klaus Dörre (Jena), Hartmut Rosa (Jena) und Stephan Lessenich (München) legen drei prominente Vertreter des Faches pointiert unterschiedliche Einschätzungen vor.

Dörre stellt vor allem die ökonomischen Folgen und ihre klassenpolitischen Auswirkungen ins Zentrum seiner Überlegungen. Mit Verweis auf Fernand Braudel begreift er die Krise als „äußeren Stoß von extremer Heftigkeit“; sie könne jedoch nur politisch bearbeitet werden und löse keinen „Corona-Determinismus“ aus. Dabei verortet er die Pandemie in einer „ökonomisch-ökologischen Zangenkrise“, deren epochale Tiefe von den verschiedenen oppositionellen Bewegungen nur unzureichend verstanden worden sei. Politisch habe es sich seit der Finanzmarktkrise 2007 f. um eine Form der „bonapartistischen Demokratie“ gehandelt, mit der die Krise in einem politischen Interregnum stillgestellt worden sei. Diese Stillstellung habe einen „transformismo“ des autoritären Lagers begünstigt, mit dem die autoritäre Rechte als Träger einer „imaginären Revolte“ erscheine. Ein Ergebnis der Corona-Krise und des mit ihr einhergehenden neuen Staatsinterventionismus sei die Rückkehr des „transformismo“ in die politische Mitte. Ob das vor dem Hintergrund der diagnostizierten bonapartistischen Demokratie des aktuellen Ausnahmezustandes eine beruhigende Aussicht ist, zieht Dörre in Zweifel. Klassenpolitisch sieht er die Pandemie als „Ungleichheitsverstärker“ und „Entsolidarisierungstreiber“, wengleich er den zeitweiligen Vorrang der Lebens-Rettung vor wirtschaftlichen Interessen „alles andere als selbstverständlich“ findet. Insgesamt ist Dörre bezüglich progressiver Veränderungen durch die Krise skeptisch, sieht aber perspektivisch eine deutliche Zunahme des Staatsinterventionismus.

Die Gegenposition zu dieser eher pessimistischen Sichtweise vertritt Hartmut Rosa. Für ihn stellt die Krise eine nachhaltige „Erschütterung und Destabilisierung des global dominanten Sozial- und Gesellschaftssystems“ dar, aus der sich reale Möglichkeiten für einen „Pfad- und Systemwechsel“ ergeben. Die Krise sei der Beweis, dass die in der Klimakrise gezeigte Machtlosigkeit staatlichen Handelns – anders als von der Systemtheorie und dem von Rosa als „herrschaftstheoretisch-strukturdeterministisch“ oder „(neo)marxistisch“ bezeichneten Ansatz behauptet – nicht systemimmanent sei. In der Strategie zur Bekämp-

¹ Berliner Journal für Soziologie, H. 2/2020, 165 S., online: <https://link.springer.com/journal/11609/volumes-and-issues/30-2>.

fung der Pandemie dominiere keine System- oder Kapitallogik. Vielmehr habe sich die Politik mit einer am biologischen und sozialen Leben orientierten Systemrelevanz „brachial gegen die Interessen sämtlicher Wirtschaftsbranchen und Finanzmarktlogiken durchgesetzt“. Für Rosa sind das Hinweise darauf, dass die Politik diese Erfahrung der Selbstwirksamkeit und Handlungsfähigkeit auch auf die Klimakrise und die Krise der Ungleichheit übertragen könne. Die Pandemie habe eine offene Situation hergestellt, die progressiv genutzt werden könne.

Lessenich teilt den von Rosa vertretenen verhaltenen Optimismus nicht, grenzt sich aber auch deutlich von Dörre ab. Die angebliche „Politik des Lebens“ sei in Wahrheit nur eine Politik für „bestimmte Leben“ und geprägt durch eine „Selektionslogik“ entlang der „Staatsbürger*innenschaft“. Während deutsche Urlauber aus aller Welt zurücktransportiert worden seien, habe man über Wochen um die Aufnahme von 47 geflüchteten Kindern aus Moria gestritten. Eine „kapitalistische Ökonomie der Gesundheit“ sei vor allem auf die Wiederherstellung der Arbeitsfähigkeit gerichtet. Zudem zeige sich die Bedeutung von Klasse, Herkunft, Alter und Geschlecht im Hinblick auf die jeweilige Gefährdung. Lessenich sieht immerhin die Möglichkeit, eine Vorstellung davon zu entwickeln, „wie eine andere Form der Vergesellschaftung aussehen“ könne“, ohne dieser Perspektive angesichts der realen Kräfteverhältnisse große Chancen auf Verwirklichung einzuräumen.

Die drei Beiträge akzentuieren an einigen Stellen die Gegensätze zu sehr, so dass Zerrbilder der jeweils anderen Position entstehen. Dennoch ist die Gesamtschau anregend, denn jede Seite trägt Argumente vor, die sich nicht leicht beiseiteschieben lassen, wenngleich viele Fragen offenbleiben. So wüsste man von Rosa gern, ob das Handeln des Staates in der Finanzkrise tatsächlich als Ohnmachtserfahrung oder nicht vielmehr als kapitalistische Klassenpolitik zu interpretieren ist und wen er als Akteur für einen Pfad- und Systemwechsel sieht. Zu Recht verweist er auf das auch von Dörre als nicht selbstverständlich gewürdigte „Primat des Lebens“ in der Krise gegenüber genuinen Kapitalinteressen. Umgekehrt wäre zu fragen, ob eine Politik hegemonial bleiben kann, die sich in der Pandemie dezidiert gegen das Leben stellt. Konsens als Voraussetzung stabiler Herrschaft kann eben nicht allein kapitalistischer Logik folgen. Und auch Lessenich müsste beantworten, warum sich die unterste „Selektionslogik“ entlang der Staatsbürgerschaft z.B. nicht in der Impfstrategie der Bundesregierung findet, die im Hinblick auf die migrantische Community keine Unterscheidung trifft und auch Geflüchtete in der Impfpriorität zwei führt.

Gerd Wiegel

Schluss mit der organisierten Verantwortungslosigkeit?

Im vergangenen Jahr kam es vermehrt zu Masseninfektionen in Branchen und Sektoren, die verstärkt prekäre Arbeitsverhältnisse aufweisen, etwa in Amazon-Lagern, bei Paketdiensten oder in der Landwirtschaft. In den Fokus der Medien schaffte es die Fleischindustrie. Dabei sind Missstände dort seit Jahren bekannt. Es bedurfte allerdings erst der „traurige[n] Berühmtheit als Corona-Hotspot“ (1)

die Politik dazu zu bewegen eine Gesetzesinitiative gegen Werkverträge und Leiharbeit in die Wege zu leiten.

Peter Birke rekonstruiert in seinem Beitrag *Die Fleischindustrie in der Coronakrise – Eine Studie zu Migration, Arbeit und multipler Prekarität*¹¹ die Entwicklungen in der Fleischindustrie (I.), setzt sich intensiv mit den Prozessen rund um das Gesetz auseinander (II.), um schließlich Perspektiven kollektiver Organisierung auszuloten (III.). Sein Fokus liegt auf den migrantischen Werkvertragsarbeitern aus Osteuropa, die wie Sklaven gehalten werden² und die eine multiple Prekarität von „Anreise, Aufenthalt, Wohnungssituation, Mobilität und sozialen Rechten“ (46f.) kennzeichnet. Als empirische Grundlage dienen ihm qualitative Interviews einer Studie des SOFI (Soziologisches Forschungsinstitut Göttingen).

Beginnend stellt Birke fest, dass zu Anfang des Lockdowns „eine extensive Ausdehnung der Arbeitszeit und des Arbeitsdrucks“ (3) vollzogen wurde und „die Verdichtung des Arbeitsprozesses und die Ausdehnung der Arbeitszeiten ein krisenverschärfendes Moment“ (5) bildeten. Kritisch sieht er die Rolle des Staates. Als pandemiebedingt die Grenzen geschlossen waren, gewährleistete er „das System der andauernden Auswechslung der Arbeitenden [...] durch ein kontingentiertes Einfliegen von Arbeitenden“ mit dem Ziel „der Aufrechterhaltung einer „systemrelevanten“ Exportindustrie“ (7). Dies finde in den meisten Analysen aber bisher keine Beachtung. „In der öffentlichen Wahrnehmung [waren allerdings] nicht die ökonomischen Entwicklungen Auslöser der Krise“ (ebd.), sondern die Masseninfektionen. Auffallend abwesend in den Debatten um das Infektionsgeschehen seien die Themen Migration/Rassismus gewesen (11; 13), obwohl sich eine Reihe rassistischer Konnotationen beobachten ließe, u.a. durch die Verwendung des NS-Begriffs des „Fremdarbeiters“ (12). Birke spricht hier von einer Verbindung zwischen „neoliberal[e] mit rassistisch-autoritären Mustern“, da auf der einen Seite eine „verantwortungslose Haltung der Infizierten betont“ und „auf der anderen Seite Unternehmen wie Behörden korrektes oder alternativloses Vorgehen attestiert“ wurde. Es sei der Verdienst einer Kampagne von u.a. Beratungsstellen und Gewerkschaften (20) gewesen, „insgesamt erfolgreich das Deutungsmuster der Ausbeutung dem rassistischen Gerede von einer ‚migrantischen Ansteckungsgefahr‘ entgegen[gesetzt]“ (21) zu haben.

Das Gesetz beurteilt Birke, auch wenn er eine ganze Reihe an „Begrenzungen, blinden Flecken und Paradoxien“ (24) ausmacht (27ff.), als „eine kleine Sensation“ (24) und „als Eingriff in das seit mindestens dreißig Jahren hegemoniale neoliberale Paradigma in der staatlichen Arbeitspolitik“ (47). Es seien allerdings nicht

¹ Peter Birke (2020): Die Fleischindustrie in der Coronakrise. Eine Studie zu Arbeit, Migration und multipler Prekarität, Sozial.Geschichte Online – Zeitschrift für historische Analyse des 20. und 21. Jahrhunderts, Vorveröffentlichung zu Heft 29, (URL: <https://sozialgeschichte-online.org/2020/12/09/die-fleischindustrie-in-der-coronakrise/>) Die gesamte Zeitschrift ist kostenlos.

² Vgl. Christin Bernhold/John Lütten (2020): „Wir wurden wie Sklaven behandelt“ - Ein Gespräch mit zwei Werkvertragsarbeitern bei Tönnies, in: Jour Fixe Gewerkschaftslinken Hamburg (Hg.): Das „System Tönnies“ - organisierte Kriminalität und moderne Sklaverei, 2. leicht veränderte Auflage (Juli 2020), Berlin, S. 35-43.

nur der öffentliche Druck und die Wut auf das Unternehmen Tönnies gewesen, sondern auch die ökonomisch Situation – Abschottung des chinesischen Markts gegenüber Betrieben mit Infektionsfällen – die einen „ungewöhnlich breiten Konsens“ hinsichtlich eines Verbots von Werkverträgen ermöglichten (25). Die entscheidende Motivation für die Politik „war [letztlich] die Furcht davor, Verantwortung für die Auswirkungen von Masseninfektionen“ (32) übernehmen zu müssen. Kritische Punkte an dem „halbierten“ Gesetz sind für Birke vor allem die Blindheit gegenüber sozialen Rechten und der Frage des menschenwürdigen Wohnens (34). Hinzu komme, dass davon auszugehen sei, dass auch in Zukunft befristete Arbeitsverhältnisse „ein Mittel bleiben, die Erpressbarkeit der Arbeiter*innen zu erhalten, insbesondere nach der Abschaffung von Werkverträgen und Leiharbeit“ (37), was im Rahmen der Göttinger-Studie auch die Analyse eines Betriebes belege, der Werkverträge bereits vor ein paar Jahren abgeschafft hat (44). Zudem betreffe das Gesetz nicht die Wertschöpfungskette insgesamt: Ausgenommen seien zum einen die Reinigung der Maschinen und Anlagen und zum anderen Tätigkeiten, die außerhalb des Betriebs ausgeführt würden (45f).

Im letzten Teil, in dem er sich mit Arbeitskämpfen und Perspektiven kollektiver Organisierung auseinandersetzt, folgt Birke der These, „dass die [...] Fluktuation der Arbeitenden auch als Form des Widerstands gegen schlechte Arbeitsbedingungen verstanden werden“ (35) müsse. Produktionsmacht und Marktmacht der Arbeitenden müssten zusammen gesehen werden: „Wilde Streiks und die Drohung zu gehen machen nur Sinn, wenn man damit den Arbeitsprozess stören kann. Und umgekehrt sind sie nur möglich, wenn das betroffene Unternehmen nicht so leicht einen Ersatz findet.“ (ebd.) Auf Basis der geführten Interviews (auch während der Pandemie) konstatiert er, dass die kleinen Streiks fort dauern, aber in einem „stark veränderten Kontext“ (36). Nun sei „mit der Erweiterung institutioneller Mitbestimmung ein neues Kampffeld eröffnet“ (42). Für die verschiedenen migrantischen Arbeitskämpfe im Bereich multipler Prekarität wäre eine „Kooperation von Beratungsstellen, sozialen Initiativen und Gewerkschaften“ (47) wünschenswert, wobei man ergänzen möchte auch der Partei Die Linke und der progressiven Teile anderer Parteien.

Gerade in der Fleischindustrie zeigen sich „diverse Probleme der kapitalistischen Produktionsweise wie unter einem Brennglas“, so z.B. „die maximale Ausbeutung von Lohnarbeitern und Tieren“ durch Großkonzerne.³ Birke hat Recht, wenn er sagt, dass „eine Verbindung zwischen einer Kritik an Eigentumsverhältnissen sowie einem Paradigmenwechsel in der Arbeitspolitik“ potenziell nun auf der Tagesordnung stünde (ebd.). Generell stelle sich die Frage: „Wie sollen Nahrungsmittel produziert werden, von wem, zu welchen Preisen, mit welchen Folgen für die Naturverhältnisse?“ (ebd.)

Patrick Ölkrug

³ Christin Bernhold (2020): Die Fleischindustrie – Ein Brennglas-Effekt auf Probleme der kapitalistischen Produktionsweise, Institut für sozial-ökologische Wirtschaftsforschung (isw), 21. Juni 2020, URL: (<https://www.isw-muenchen.de/2020/06/die-fleischindustrie-ein-brennglas-effekt-auf-probleme-der-kapitalistischen-produktionsweise/>), S. 1.

Leadership reloaded – Meinungsmache, weltweit

Nach der Wahl Joe Bidens zum US-Präsidenten knallten die Sektkorken in Redaktionsstuben, bei Autoren, Politikern und Wissenschaftlern. Der Harvard-Politologe Joseph S. Nye, Jr. sorgt sich im *Project Syndicate*: „Trumps Problem mit den Verbündeten war nicht sein Slogan ‚America First‘ (...), Präsidenten sind mit der Förderung der nationalen Interessen beauftragt. Die wichtige moralische Frage ist, wie ein Präsident die nationalen Interessen definiert.“ Das Problematische sei, dass Trump „manchmal das nationale Interesse mit seinen eigenen persönlichen, politischen und finanziellen Interessen“ verband. „Im Gegensatz dazu haben viele US-Präsidenten seit Harry Truman oft einen weiten Blick auf das nationale Interesse genommen und es nicht mit ihren eigenen verwechselt. (...) Im Gegensatz dazu hatte Trump Verachtung für Bündnisse und Multilateralismus, die er bereitwillig bei Treffen der G7 oder der NATO an den Tag legte.“¹ Es gebe nun aber die Chance für eine Neuorientierung der Weltordnung, in der die USA speziell mit EU und NATO auf einer gemeinsamen Basis Politik machen könnten. Das Ende der Ära Trump könne, so der Ökonom Jeffrey D. Sachs, den Beginn einer „Befreiung“ der USA von Rassismus und undemokratischem Verhalten einläuten. Dies sei vor allem eine weltpolitische Möglichkeit, denn „Trumps Abschied ist (...) eine Gelegenheit für einen Neuanfang, und das nicht nur in der zutiefst verwundeten US-Gesellschaft, sondern in multiethnischen, gespaltenen Gesellschaften überall. Es gibt nirgends eine Rechtfertigung dafür, durch Rassenhass und Ethnochauvinismus zu regieren. In der Ära nach Trump sollten Regierungen überall sich der Hassverbreiter entledigen.“²

Von der anderen Seite des Großen Teichs assistiert Spaniens konservative Ex-Außenministerin Ana Palacio. Der „turbulente Übergang“ von Trump zu Biden gebiete eine „ehrliche Reflexion über den Zustand des Liberalismus in der heutigen Welt.“ Die „Vitalität der liberalen Tradition“ beruhe auf „der Überzeugung, dass liberale Werte für die gesamte Menschheit“ gälten, eine Überzeugung, die „die Aufrechterhaltung der liberalen internationalen Ordnung angetrieben“ habe.³

Project Syndicate, gegründet 1995, veröffentlicht neben seiner Printausgabe auf seiner Homepage und in Newslettern fast täglich Beiträge in bis zu 14 Sprachen. Das Netzwerk vermeldet über 500 Partnermedien in 156 Ländern, oft kostenfrei vermittelt. Faktischer Hauptsitz ist New York. Sponsoren und Beiträger sind vielfältig. Das *George Soros Open Society Institute* ist dabei, die *Bill & Melinda*

¹ Can Joe Biden’s America Be Trusted? Project Syndicate, 4.12.2020, <https://www.project-syndicate.org/commentary/can-joe-biden-restore-trust-in-america-by-joseph-s-nye-2020-12> [30.12.2020] [Übers. – StB].

² Befreiung. PS, 20.1.2021, <https://www.project-syndicate.org/commentary/overcoming-trumpism-in-multiethnic-societies-by-jeffrey-d-sachs-2021-01/german> [30.12.2020].

³ Leaderless Liberalism. PS, 20.1.2021, <https://www.project-syndicate.org/commentary/eu-china-investment-agreement-weakens-liberal-values-by-ana-palacio-2021-01> [30.12.2020] [Übers. – StB].

Gates Foundation spendet 2019 über 1,6 Mio. Dollar.⁴ Aus Deutschland werden die *ZEIT-Stiftung*, das *Handelsblatt*, *Die Welt* oder *Süddeutsche Zeitung* ausgewiesen, ansonsten u.a. *The Guardian*, *El Pais*, *Der Standard* und *Le Monde*.

Hochkarätige Autoren aus der Politik, ehemalige oder aktive Regierungschefs und Minister, Banker und Wissenschaftler sichern einen umfassenden Blick auf das, was unter heutigen Vorzeichen als Liberalismus durchgehen mag. Bei allen Unterschieden dominiert das Bekenntnis zu bürgerlichen Werten, Markt und Demokratie westlichen Zuschnitts. Das an der Biden-Wahl festzumachende Bekenntnis zu einer starken, wenn auch multilateral eingebundenen Führungsmacht USA, die sich eng mit der EU und der NATO verbindet, ist unstrittig. Von der Grundtendenz sind die meisten Artikel durch einen moderaten Neoliberalismus geprägt, was gelegentlich abweichende Positionen nicht ausschließt. Klar sind die Feindbilder: All jene, die sich nicht unterordnen. Das sind u.a. die Trumps, Orbans und PiS-Politiker. Gleichzeitig sind Russland und China regelmäßig Zielscheibe von Angriffen. Dies hat erfahrungsgemäß weniger mit autoritärem Gebaren in diesen Ländern zu tun, als vielmehr mit der grundsätzlichen Gefährdung des US- und westeuropäischen Hegemonialanspruchs. Im Falle Chinas kommt der wirtschaftliche Erfolg hinzu.

Zu den Lichtblicken gehören Aufsätze, die entschieden für Demokratie, Mitbestimmung und radikale Kapitalismuskritik eintreten. So schreibt die engagierte Juraprofessorin Katharina Pistor in ihrer Trump-Bilanz: Zu lange hätten „Unternehmen in den USA und anderswo Lippenbekenntnisse zum ‚Rechtsstaat‘ abgegeben, während sie sich für günstige Gesetzesänderungen einsetzten. Ein Großteil von ‚Law and Order‘, die sie aufrechterhalten wollen, existiert zu ihrem eigenen Vorteil, unabhängig davon, wie die Wähler abgestimmt haben oder was die durchschnittlichen Haushalte wirklich von der Regierung brauchen. Das Großkapital kontrolliert den politischen Prozess nicht mit stärkeren, besseren Argumenten, sondern mit Geld.“⁵

Ein Silberstreif schimmert bei Yanis Varoufakis auf: „Obwohl die Durchsetzung radikaler Veränderungen niemals leicht ist, ist nun völlig klar, dass alles auch anders sein könnte. Es gibt keinen Grund mehr dafür, warum wir die Dinge so akzeptieren sollten, wie sie sind. (...) In einem Jahr, das die meisten wohl lieber vergessen würden, kann ich mir keine größere Quelle der Hoffnung vorstellen als diese Enthüllung.“⁶

Stefan Bollinger

⁴ <https://www.gatesfoundation.org/How-We-Work/Quick-Links/Grants-Database/Grants/2019/10/OPP1216840> [30.12.2020].

⁵ Saving US Democracy from Corporate America. PS, 12.1. 12.2021, <https://www.project-syndicate.org/commentary/american-business-still-no-friend-to-democracy-by-katharina-pistor-2021-01> [13.01.2021] [Übers. – StB].

⁶ Die sieben Geheimnisse des Jahres 2020. PS, 28.12.2020, <https://www.project-syndicate.org/commentary/seven-secrets-revealed-by-2020-by-yanis-varoufakis-2020-12/german> [30.12.2020].

Nach der US-Wahl

Es ist das Schicksal wissenschaftlicher Zweimonats- und Vierteljahresschriften, dass Analysen zu tagesaktuellen Ereignissen meistens „zu spät“ erscheinen oder – zumindest in einigen Aspekten – bereits kurz nach ihrem Erscheinen überholt sind. Die Nummer 126 der *New Left Review* erschien am 9. Dezember – nach den Präsidentschaftswahlen in den USA aber vor den Stichwahlen zum Senat in Georgia am 5. Januar und dem Sturm aufs Kapitol am darauffolgenden Tag. Als Mike Davis seinen darin abgedruckten (beinahe dreißig Seiten umfassenden) Essay über die Niederlage Trumps und den Sieg Bidens verfasste¹, war noch nicht ausgemacht, dass die Demokraten durch die Stimme der Vizepräsidentin Harris über eine (hauchdünne) Mehrheit in beiden Kammern des Kongresses verfügen würden und es zu einem zweiten Impeachment-Verfahren gegen Trump kommen sollte. Dem (vermutlich sehr knapp nach den Wahlen liegenden) Redaktionsschluss mag wohl auch geschuldet sein, dass Trumps Weigerung, die Legitimität der Wahlen anzuerkennen, die die Nachrichten über Wochen beinahe auf Augenhöhe mit der Pandemie beherrschte, in Davis' Artikel keine Rolle spielt. Es ist freilich eine Eigenart exzellenter analytischer Beiträge, dass sie durch ihr *partielles* Veralten beinahe noch gewinnen. Manche Passagen erscheinen so fast prophetisch: Etwa, wenn Davis gegen Ende des Beitrags eine „Lynch-Mob-Stimmung“ unter Republikanern konstatiert, die in der Zukunft noch „gefährlicher, antidemokratischer und explosiver“ zu werden drohe (31).

Es sind freilich ohnedies nicht die tagesaktuellen Aspekte, die im Mittelpunkt des Artikels stehen. Davis interessiert sich für die langfristige Verschiebung von Kräfteverhältnissen, die von oberflächlichen wahrarithmetischen Diagrammen eher verdeckt als enthüllt werden. Gerade knappe Wahlergebnisse erscheinen weitgehend kontingent. Der Wahlausgang – so eine seiner zentralen These – entschärft die gesellschaftlichen Konflikte in den Vereinigten Staaten keineswegs. Davis zeichnet nach, dass die soziale Frage als sozioökonomische Klassenfrage in diesen Konflikten allerorten präsent ist – auch dort wo viele „bloß“ kulturelle Fragen vermuten würden. Ausführlich untersucht Davis Texas, dessen Sozialstruktur sich in den vergangenen Jahren und Jahrzehnten grundlegend gewandelt hat, in dem Sanders und Warren bei den Primaries exzellente Ergebnisse erzielten und „Anglos“ – also Weiße ohne lateinamerikanischen Hintergrund – gegenüber Latinos, Schwarzen und vielen – auch im Horizont eines boomenden High-Tech-Sektors – zugezogenen „new immigrants“ mit 40 Prozent zu einer Minderheit geworden sind (10). Weshalb gelang es, allen Hoffnungen Bidens zum Trotz, unter diesen Bedingungen Trump, Texas zu halten? Davis zufolge erweist sich die Unfähigkeit des demokratischen Mainstreams, die überwiegend mexikanischen Latinos in Texas einzubinden, als ein entscheidender Schlüssel für die Niederlage (15). Auch die Staaten des so genannten „rustbelts“, also jene ehemaligen Industriezentren, an

¹ Mike Davis, Trench Warfare – Notes on the 2020 Election. *New Left Review* No. 126 (Nov/Dec 2020), S. 5-32.

denen Hillary Clinton im Wahlkampf gegen Trump so kläglich scheiterte, nimmt Davis genauer unter die Lupe. Dass das – hier passt der Ausdruck – vielfach zum scheinewidigen Totschlagargument geronnene „Narrativ“ vom rückständigen, weißen, männlichen Industriearbeiter und seinem tiefsitzenden Rassismus – euphemistisch gesprochen – „zu kurz“ springt, verdeutlicht Davis an einem eindrücklichen Paradoxon: So sei es Trump gelungen zahlreiche ehemalige Obama-Wähler zu gewinnen, die Biden keineswegs im gleichen Ausmaß zurückgewinnen konnte (15). Dass Wähler zu Trump überliefen, die zuvor bereit waren, Hoffnungen mit dem ersten schwarzen Präsidenten der US-Geschichte zu verbinden, so Davis, zeigt, dass tiefsitzender Rassismus in diesen Fällen wohl schwerlich als das entscheidende Motiv betrachtet werden kann. (Allerdings, so könnte man ergänzen, zeigt es auch, dass manifester Rassismus auch keine hinreichend abschreckende Wirkung auf diese Wählergruppe hatte.)

Ein zentrales Argument Davis' besteht darin, dass hinter dem in der liberalen Presse gezeichneten Bild von den typischen Trumpisten als ländlichen und kleinstädtischen Hinterwäldlern und Randalierern allzu leicht die hinter Trump stehende Machtressource von zwielichtigen „*lumpen billionaires*“ verschwinde.² Diese Machtbastion bleibt dem Trumpismus auch nach seiner Abwahl ebenso erhalten wie das gewaltbereite Fußvolk. Anders als Davis im November – der darin noch eine in der Zukunft liegende Nagelprobe der Biden-Administration sah – weiß man inzwischen, dass Biden weder Bernie Sanders noch Elizabeth Warren in sein Kabinett holte. Inwieweit seine Befürchtung, dass „das Fehlen einer kohärenten ökonomischen Strategie, insbesondere für die Arbeiterklasse“ – „the lack of a coherent economic strategy specially to the working-class people“ – die ersten hundert Tage der Bidenregierung in ein Fiasko verwandeln könnte (28) oder sich, auch durch die hauchdünne Mehrheit im Senat ermöglicht, Ansätze zu einer progressiven Politik wenigstens teilweise durchsetzen werden, bleibt abzuwarten. Mike Davis Analyse gibt, so oder so, vielfältigen Anlass zum Optimismus des Willens und zum Pessimismus des Verstands.

David Salomon

² Davis greift hier ein Argument auf, das Samuel Farber in seinem Artikel „Donald Trump, Lumpen Capitalist“ bereits 2018 im Jacobin-Magazine entfaltet hat. <https://www.jacobinmag.com/2018/10/donald-trump-lumpen-capitalist-class-elections>.